Nr. 169
B 83
Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 10. April 1929
V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Red. im Ausn. d. Handelsl.: i. V. Dr. Graf Montgelas. Bln. Unv. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein Amt Dönhoff (A 7) 3600—3605 für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3656—3658 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Beschluß des Kabinetts

Das Reichskabinett, das sich heute um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz des Reichskanzlers versammelte, ist zu dem Entschluß gekommen, der nach dem Ergebnis der gestrigen Aussprache mit den Parteiführern zu erwarten war: dem Entschluß, im Amte zu bleiben mit Rücksicht auf die Reparationsverhandlungen in Paris und mit dem innerpolitischen Ziel, die parlamentarische Verabschiedung des Etats für 1929 zu erreichen. Es hat unmittelbar nach der Kabinettssitzung eine neuerliche gemeinsame Aussprache von Regierung und Parteiführern stattgefunden, deren wichtigster Inhalt der Appell an die Parteien war, die Regierung bei der Durchführung dieses Programms zu unterstützen.

Die Vorsitzenden der Fraktionen haben den Appell des Reichskabinetts günstig aufgenommen, die Entscheidung liegt aber bei den Fraktionen, die heute nachmittag sich versammeln.

Wie wird sich die innerpolitische Situation gestalten, wenn die Fraktionen ihren Führern folgen und sich mit den Vorschlägen des Reichskanzlers einverstanden erklären? Die Große Koalition, die vor 48 Stunden noch so gut wie sicher schien, wird es vorläufig nicht mehr werden. Aber doch eine Mehrheit, die durch die Vereinbarungen über das Sparprogramm zusammengehalten wird und für die nächsten legislatorischen Arbeiten bis zu den Sommerferien einen festigen Plan hat.

Das Reichskabinett soll die Umgestaltung erfahren, die für den Fall des Zustandekommens der Großen Koalition geplant war. Der Reichskanzler hat dem Zentrum die drei Sitze im Kabinett **angeboten, auf die es Anspruch erhoben hat. Es soll das Reichsverkehrsministerium erhalten, das Reichsjustizministerium und das Reichsministeriums für die besetzten Gebiete.** Guérard kam in sein Ministerium wiederkehren, **Dr. Bell als Nachfolger Koch-Weisers in das Reichsjustizministerium einziehen, für die besetzten Gebiete soll das Zentrum den Ministerkandidaten noch in Vorschlag bringen.**

Wir glauben nicht, daß die Zentrumsfraktion in den Personalfragen sich bereits auf bestimmte Vorschläge festgelegt hat. Das wird wohl erst geschehen, wenn die prinzipielle Entscheidung über den Eintritt in das Kabinett Müller-Franken gefallen ist. Laufen die Dinge heute nachmittag in den Fraktionssitzungen so, wie Kabinett und Parteiführer es wünschen, dann wird sich beim Wiederzusammentritt des Reichstages ein umgestaltetes Kabinett Müller-Franken vorstellen können, das in seiner Zusammensetzung im großen und ganzen jenen Vorstellungen entsprechen wird, die man unmittelbar nach den Wahlen von der neuen Regierung gehabt hat, als Müller-Franken die ersten Verhandlungen über die Kabinettsbildung einleitete.

Man muß aber jetzt, wo man so mannigfache Ueberraschungen erlebt hat, vorsichtig in der Prognose sein. Darf nicht unterschätzen, daß durch den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei gegnerische Kräfte wieder mobilgemacht worden sind, die während der letzten Tage ausgeschaltet waren. Man kann nur hoffen, daß die staatspolitische Einsicht siegen wird.

Wenn das Zentrum zustimmt

Von anderer Seite wird uns noch gemeldet: **Zwischen Reichskabinett und Fraktionsführern ist eine Art „gentleman agrement" abgeschlossen worden, auf der Basis der Vereinbarungen, die über den Etat und das Sparprogramm getroffen worden sind. Die Parteien verpflichten sich, auf der Basis ihrer Vereinbarungen zu bleiben, keine weitergehenden Anträge auf Streichungen von Etatpositionen zu stellen — das bezieht sich auf die zweite Baurate für den Panzerkreuzer — und im übrigen Anträge nur nach gegenseitigem Einvernehmen einzubringen. Also keine koalitionsmäßige Bindung, auch keine interfraktionelle Ausschuß, trotzdem aber ein enges Zusammenarbeiten. Wenn das Zentrum zustimmt, wird die Ernennung der drei neuen Zentrumsminister noch heute erfolgen.**

Des Pudels Kern

Der Zufall erweist sich mitunter als der geschickteste Regisseur. Die Deutschnationale Volkspartei hat gestern ihre Vorstandssitzung abgehalten, die dem neuen Parteichef Hugenberg Gelegenheit geben sollte, sein Reformprogramm zu entwickeln.

Die Erwartungen waren hoch gespannt. Es mußte schon etwas Besonderes sein, das da geboten wurde. Hat doch Hugenberg seit dem Tag, an dem er durch Mobilisierung der Parteisekretäre und der Parteikassierer — leere Kassen sind oft stärkere Argumente als die besten Reden — im Reichstag beharrlich wie stets geschwiegen und nur gelegentlich draußen im Land unter Ausschluß der Oeffentlichkeit und der Kritik sorgfältig zu Papier gebrachte Ansprachen gehalten, die jedes Verständnis für die tatsächliche Lage vermissen ließen. Der Brief an die Amerikaner kann in diesem Zusammenhang wohl übergangen werden, da seine Veröffentlichung offenbar gegen den Willen Hugenbergs erfolgt ist, der anscheinend glaubte, daß dieses Dokument der Weltfremdheit von den 3000 Adressaten als Geheimnis gehütet werde.

Eigentlich sollte der große Programmtag schon vor Ostern sein. Damals aber schlugen die deutschnationalen Arbeitervertreter Alarm, die Vorstandssitzung wurde verschoben — angeblich wegen einer Erkrankung Hugenbergs —, und so fiel sie gerade in die Tage der neuen Koalitionsverhandlungen. Wie gesagt: eine glänzende Regieleistung des Zufalls. Denn das Ergebnis der programmatischen Anstrengungen, das die deutschnationalen Organe der Welt übermitteln, muß selbst die begeistertsten Anhänger der Diktatur bitter enttäuschen.

Der offizielle Bericht spricht Bände. Es fehlt jedes schmückende Beiwort. Nicht einmal die übliche Einstimmigkeit wird konstatiert, vielmehr wird wortkarg und schwunglos mitgeteilt, daß Hugenberg, in zweistündiger Rede, aufbauend auf der im Dezember 1927 gefaßten Parteientschließung, seine Gedanken über eine großzügige Reform der Reichsverfassung und des Staatsaufbaus entwickelt" habe. Dann heißt es wörtlich weiter:

Nach einer sich anschließenden längeren Diskussion stimmte der Parteivorstand den schriftlich niedergelegten Vorschlägen mit folgender Entschließung zu:

„Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei macht sich die Vorschläge seines Vorsitzenden zur Frage der Reichsreform zu eigen. Er sieht in ihnen eine geeignete Grundlage zu einer entscheidenden Besserung unserer innenpolitischen Verhältnisse."

Gelegentlich seines Vortrages übte Dr. Hugenberg auch scharfe Kritik an der Denkschrift des Bundes zur Erneuerung des Reiches, die ebenfalls schriftlich niedergelegt war und ebenfalls vom Vorstand gebilligt wurde.

Das ist alles. Und dann folgt das Programm, das folgende Forderungen aufstellt:

Aufhebung der Verfassungsbestimmung, daß die Reichsregierung des Vertrauens des Reichstages bedarf;

Personalunion zwischen Reich und Preußen. Der Reichspräsident wird preußischer Staatspräsident, der Reichskanzler preußischer Ministerpräsident.

Den Ländern fällt die gesamte innere Verwaltung, die Justizverwaltung und die Kultusverwaltung zu, es gibt nur Kultusminister der Länder.

Preußen, das seinen Landtag und Staatsrat behält, soll auch einen selbständigen Finanzminister behalten.

Die preußischen Minister des Innern und der Justiz verwalten die entsprechenden Reichsgeschäfte mit.

All das sind „olle Kamellen". Ueber einzelne Punkte ließe sich diskutieren, sie sind Konzessionen an die sehr starken Reformbewegungen, die den Deutschnationalen mehr zu schaffen machen, als sie verraten. Gehören doch eine Anzahl ihrer führenden Persönlichkeiten zu dem Lutherbund. Auf diese Einzelheiten kommt es nicht an, sondern auf den Kern der Sache, und der ist die Wiederherstellung der Vorkriegsverfassung, die im Krieg und am Krieg zerbrochen ist.

Das „eingefrorene Postform", das Hugenberg von Münchhausen übernommen hat, fördert nichts zutage als die alte preußische Militärmonarchie, die Bismarck zum Deutschen Reich erweiterte, sehr zum Verdruß der echten Preußen, die erkannten, daß das Reich schließlich der Stärkere sein werde. War es Zufall und Willkür, daß im Krieg die „Eigenstaatlichkeit" der Länder zu einem Schattengebilde herabsank, und daß die gesamte Macht in die Hände der Obersten Heeresleitung kam, die auch die politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen maßgebend beeinflußte und durch die stellvertretenden Generalkommandos jeden Widerspruch auszuschalten in der Lage war?

Es war der Zwang der Not, der dazu führte. Und ebenso zwangsläufig war die Entwicklung, die im Herbst 1918 das Parlament an Stelle der Obersten Heeresleitung treten ließ. Ludendorff selbst hat diese Parlamentarisierung gewollt und auf ihre Beschleunigung gedrängt. Der Artikel 54 der Reichsverfassung, den die deutschnationalen „Reformer" beseitigen wollen, ist schon damals entstanden, nicht erst in Weimar, und nicht zu früh, sondern zu spät. Zutreffend

Hussein und der König

Gescheiterte Diktatur-Pläne

Die „Politische Wochenschrift", die bisher nicht nur deutschnational eingestellt war, sondern sich eine Zeitlang auch sehr stark dem Hugenberg-Kurs genähert hat, bringt in ihren letzten Nummern Artikel, die eine kräftige Absage an Hugenberg und seine Politik enthalten. Einer dieser Artikel ist „Hussein und sein König" betitelt. In der Form eines Märchens werden gewisse politische Vorgänge teils angedeutet, teils ausgeplaudert, um die bisher nur ein kleiner Kreis von Unterrichteten Bescheid wußte und die vor einigen Wochen Veranlassung waren, daß man sich mit Diktatur-Phantasien etwas ernsthafter befaßte. Das Märchen erzählt u. a.:

„Hussein bereitete, in dem festen Glauben nicht nur an die Richtigkeit seiner Absichten, sondern auch an den Erfolg seiner Pläne, alles zur baldigen Uebernahme der Macht vor. Er hoffte, angesichts der Verschlimmerung im inneren und äußeren Zustand des Landes die Behilfe und Billigung des alten Königs zu gewinnen. Denn gegen jenen etwas zu unternehmen, schien selbst Hussein gewagt. So sehr wurzelte der große alte Mann in der Liebe des Volkes und in der Achtung der Welt. Besonders aber an Reputation in der großen weiten Welt gebrach es Hussein stark, der sein Leben lang meist im Verborgenen gearbeitet und zwar unermüdlich Steinchen an Steinchen eines staunenswert aufgeführten Machtbaus im Staate zusammengefügt hatte, der aber in das volle Licht des öffentlichen Lebens erst spät, und nun weniger in der eindrucksvollen Haltung des siegesgewissen, zukunftssicheren Kämpfers, als in der ungewissen Haltung eines Eingeläugners, fast eines Abenteurers getreten war. Deshalb war es Hussein ernsthaft, unter Ausnutzung der gefährdeten Lage des Staates auswärtige Beziehungen anknüpfen zu können, die gleichzeitig der Sache der Nation wie dem Wohle seiner eigenen Provinz und dem Gedeihen der genannten Machtpläne dienen sollten.

Da trat die Wendung ein, die jedem Einsichtigen zeigen wird, daß kein noch so klugen und mächtiger Mensch die Wirkungen eines einzigen Schrittes voll abzuschätzen vermag, zumal, wenn dieser Schritt unter mißgünstigen Gestirnen unternommen wurde. **Denn drei Tage nach einer wichtigen und inhaltreichen Audienz, die Hussein bei dem Könige gehabt hatte, gerieten alle seine so weit geförderten Pläne plötzlich ins Schleiern.** Hussein hatte den alten König, der um das Ergehen des ihm anvertrauten Landes bangte, sorgfältig bearbeiten und in eine seinen eigenen Plänen günstige Stimmung versetzen lassen; er hatte ihm diese Pläne so nahe gebracht, daß nur noch ein kleiner Schritt bis zur Gewährung schien; in jener Unterredung hatte er die entscheidenden vorbereitenden Maßnahmen vorgeschlagen, die eine Pläne reifen lassen sollten. Da stellte sich ein Bote jenes Nachbarlandes ein, auf dessen Politik Hussein durch den geschilderten Schritt Einfluß zu gewinnen versucht hatte: der Versuch erwies sich als gescheitert, denn Hussein war falschen oder mindestens sehr ungeschickten Ratgebern dabei erlegen, sein Schritt hatte nahezu das Gegenteil der gewünschten Wirkung hervorgerufen, im eigenen Lande, zu, selbst in Husseins eigener Provinz war man entsetzt, ehrlich bestürzt über das Fehlgreifen des mächtigen Mannes, der vor aller Welt dargetan hatte, wie wenig er trotz allen Machtwillens zum Regieren geeignet war.

Und der große alte König, dessen Räte es leicht hatten, die Unzweckmäßigkeit der Husseinschen Empfehlungen nachzuweisen, erkannte die Notwendigkeit, sich von Hussein fern zu halten. Er regierte wieder nach der eigenen Weisheit, die — wenn nicht bei den Verblendeten im eigenen Lande — so doch in der ganzen weiten Welt hoch geachtet und geehrt war. Hussein aber, nach einigen weiteren vergeblichen Versuchen, wenigstens einen Teil seiner Pläne noch zu verwirklichen, zog sich in seine Provinz zurück, die unter dem wenig fruchtbaren Regiment zusehends verfiel, und wurde dort später pensioniert."

Die „Nationalliberale Correspondenz" gibt den Hauptfiguren des Märchens die richtigen Namen: „Hussein" ist Hugenberg und der „König" Hindenburg.

0108